

Trans* als Thema in der sachsen-anhaltischen Kinder- und Jugendhilfe

Chronologie eines gelungenen Weges

Kerstin Schumann & Judith Linde-Kleiner

Im folgenden Beitrag werden wir am Beispiel des Bundeslandes Sachsen-Anhalt aufzeigen, dass es wichtig ist, Praxisforschungen und Teilstudien in der Kinder- und Jugendhilfe durchzuführen, um mit daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen jugend- und gleichstellungspolitische Prozesse beeinflussen zu können. Vorgestellt werden darüber hinaus einige Erkenntnisse der Praxisforschung »unsicher.klar.selbstbestimmt« sowie der Fachkräfte- und Elternbefragung im Themenfeld »Lesbisch, Schwul, Trans*« (LST*) der Landeshauptstadt Magdeburg. Es folgt ein kurzer Einblick in zwei konkrete Maßnahmen für die Praxis. Dadurch soll deutlich gemacht werden, dass sich auch kleine Schritte und leise Töne auf langen Wegen lohnen.

Warum wir uns als Verein der Kinder- und Jugendhilfe diesem Thema widmen

Das Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe (KgKJH) ist eine fachpolitische Servicestelle, die gleichstellungspolitische Diskurse in allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe sowie in der Kinder- und Jugendpolitik Sachsen-Anhalts voranbringen möchte und Fachkräfte für einen geschlechtergerechten Umgang mit Mädchen* und Jungen* sensibilisiert und qualifiziert. Nachdem die Tätigkeit des Vereins über Jahre hinweg durch die dominierenden Fachbereiche Mädchenarbeit und Jungenarbeit stark binär geprägt war, beschloss die Mitgliederversammlung im Jahr 2012 weitere Dimensionen von Geschlechtlichkeit in den Blick zu nehmen. Befragt wurden Fachkräfte und Eltern in diversen Arbeitsrunden und Gremien.

Es begannen Kooperationen mit nationalen und internationalen Interessenvertreter*innen und es wurde im wissenschaftlichen Raum recherchiert und diskutiert. Letztendlich ergab sich die Schlussfolgerung, dass es eine Leerstelle in der institutionellen und (jugend-)politischen Wahrnehmung von Trans* und Inter* als geschlechtliches Identitäts- und Lebensmodell im Bundesland gibt.

»Sichtbar werden trans- und intergeschlechtliche Kinder und Jugendliche zumeist erst, wenn sie beim Versuch eines selbstbestimmten Lebens an Grenzen stoßen und die diskriminierende Wirkung dieser zumeist gesellschaftlichen Hürden evident wird« (Kassebaum, 2013, S. 1).

Nach einem ersten Fachaustausch im Sozialministerium im Jahr 2013, an dem 101 Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe, Eltern, Politiker*innen und Interessenvertreter*innen teilnahmen und auf dem aus den verschiedenen Perspektiven klare Bedarfe signalisiert wurden, wurde das Selbstverständnis der Vereinstätigkeit des KgKJH um den Aspekt der Geschlechtervielfalt erweitert. Festgeschrieben und veröffentlicht wurde dies als Grundlage für die fachinhaltliche und konzeptionelle Arbeit des Vereins unter anderem in den Positionen und Verordnungen.

»Es bedarf also einer differenzierten Aufarbeitung der spezifischen Lebenslagen und Bedürfnisse von Menschen, die sich als LSBTI verstehen, um der Komplexität des Themenfeldes gerecht zu werden und das Fortschreiben von bestehenden Diskriminierungen möglichst zu verhindern. Grundlage für die Praxis bieten diversitätsbewusste pädagogische Ansätze, die in den Gendertrainings selbstverständlich mit thematisiert werden müssen« (Schumann, 2013, S. 3).

Die Geschäftsstelle des KgKJH erhielt daraufhin eine Vielzahl an Beratungs- und Fortbildungsanfragen aus der Elementarbildung, der Jugendarbeit, aus Heimen und Schulen. Darüber hinaus wurde, vor allem im politischen Kontext, immer wieder nach der quantitativen Bedeutsamkeit der Themen gefragt. Um qualifizierter auf die diversen Anfragen reagieren zu können und den gleichstellungs- sowie jugendpolitischen Diskurs voranzubringen, entschied sich das KgKJH dazu, im Jahr 2014 das Thema Trans* und insbesondere die Lebenssituation von trans* Kindern und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt genauer anzuschauen. Es wurde die Praxisforschung »unsicher.klar.selbstbestimmt« konzipiert.

Einblick in die Praxisforschung »unsicher.klar.selbstbestimmt«

Ein fünfköpfiges Forschungsteam aus Studierenden unterschiedlicher Universitäten forschte unter unserer Leitung zu der Forschungsfrage: »Was brauchen transidente Kinder und Jugendliche im Land Sachsen-Anhalt, um hier gut leben zu können?«. Dieser Frage sollte anhand einer qualitativen Praxisforschung nachgegangen werden, für die teilstrukturierte Interviews mit narrativen Aspekten mit trans* Teenagern, deren Eltern und jungen Erwachsenen geführt wurden. Ein zentraler Aspekt war dabei, die Menschen selbst zu Wort kommen zu lassen, anstatt über sie zu forschen und letztendlich Empfehlungen zu geben, die an der Lebensrealität der Menschen selbst vorbeigehen. An der Studie beteiligt haben sich vier Familien (vier Mütter, zwei Väter, drei trans* Teenager) und vier junge trans* Erwachsene. Die relative Unsichtbarkeit von trans* Menschen außerhalb von Großstädten gestaltete das Auffinden von Interviewpartner*innen schwierig und bei den Interviews mit den jungen trans* Erwachsenen wurde der Raum deshalb von Sachsen-Anhalt auf Mitteldeutschland ausgeweitet. Umso erfreuter waren wir, als sich auf eine Anzeige im General-Anzeiger eine 80-jährige Frau, deren trans* Tochter mit Mitte 50 weit über unsere Grenze der Jugendhilfe von 27 Jahren hinausging, bei uns meldete. Wir interviewten sie, um die Studie informell mit Erfahrungen einer Mutter aus den 1970er und 1980er Jahren zu ergänzen. Auch wenn das Sample auf den ersten Blick gering erscheint, so eröffnen die Erkenntnisse doch einen wichtigen Einblick in die Lebensrealität von trans* Kindern und ihren Familien.

Im Mittelpunkt der Studie standen die Fragen: Was könnte trans* Kindern und Jugendlichen helfen, um in ihrem Identitätsgeschlecht gut und selbstbestimmt leben zu können? Wo sehen sie Veränderungsbedarf? Wo liegen Ansatzpunkte in sozialer Arbeit, Kinder- und Jugendhilfe und Schule? Was sind Aufträge an die (Kinder- und Jugend-)Politik?

Im folgenden Abschnitt werden zentrale Ergebnisse der Studie dargelegt. Es wird dabei unterschieden zwischen den Ergebnissen der Interviews mit den Familien und den Ergebnissen aus den Interviews mit den jungen trans* Erwachsenen.

Es wurde deutlich, dass sich vor allem die Übergänge zwischen Institutionen herausfordernd gestalteten. Dies war weniger beim Übergang vom Kindergarten in die Grundschule der Fall als beim Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule. In der Kindergarten- und Grundschulzeit konnten die Kinder frei von der Frage nach eindeutiger Geschlechtszugehörigkeit aufwachsen. Diese Frage wurde allerdings beim Eintritt in die weiterführende Schule sehr wichtig.

Die Eltern beschreiben ein Ohnmachtsgefühl dabei, ihre Kinder schützen zu wollen. Die angesprochenen Lehrer*innen handelten reaktiv immer dann, wenn sie wieder angefragt wurden, nicht aber von sich aus proaktiv, was auf Unsicherheiten mit dem Thema Trans* schließen lässt. Die Familien fühlten sich aufgrund mangelnder Beratungsangebote und schlecht informierter Ärzt*innen alleingelassen, wenngleich sie ihren Weg in die Großstädte und dort zu Expert*innen fanden. So wurde deutlich, dass in Sachsen-Anhalt informierte Pädagog*innen und Ärzt*innen sowie entsprechende Beratungsangebote fehlten.

Etwas andere Ergebnisse lieferten die Interviews mit den jungen trans* Erwachsenen, die oftmals nicht auf unterstützende Familien zurückgreifen konnten, wie es bei den trans* Kindern in der Studie der Fall gewesen ist. Hier lässt sich vermuten, dass ein unterstützendes privates Umfeld einer der zentralen Punkte ist, um transidente Menschen von Anfang an gut zu begleiten. Unter dem Stichpunkt »Erkennen des eigenen Andersseins und Kritik an der Norm« berichteten alle von Mobbing Erfahrungen in der Schule. Außerdem bewegte sie die Diskrepanz zwischen dem Wunsch der Gruppe anzugehören und dies nicht innerhalb des zugewiesenen Geschlechts tun zu wollen. Die Folgen waren lange Zeiten der Einsamkeit und Ausgrenzung und infolgedessen wiederum Depressionen.

»Weil wenn man wirklich keine Ahnung hat, dann dümpelt man vor sich hin, immer im Kreis. Es wird immer schlimmer, aber man kann nichts ändern, also ist auch irgendwann kein Selbstbewusstsein mehr da. [...] Da gibt man sich dann halt hin, weil man ist ein Mädchen, also ist man ein Mädchen und dann ist gut« (Zitat aus dem Interview mit E., Z. 1265–1272).

Unter »Hoffnung auf Anonymität, Gleichgesinnte und Klarheit« wurde der Wunsch nach Anerkennung von Geschlechtervielfalt deutlich und gleichzeitig der persönliche Wunsch nach eindeutiger Einsortierung und die Hoffnung auf Verstärkung dieser Klarheit nach den Operationen. Im Verlauf der Interviews entstand an dieser Stelle der Eindruck, dass der gesellschaftliche Druck nach eindeutiger Einordnung sehr groß war und enorm auf den jungen trans* Erwachsenen lastete.

»Also ich freue mich wirklich darauf, dass ich irgendwann mal den Kerl ausleben kann, der ich schon immer war« (Zitat aus dem Interview mit F., Z. 1058–1059).

Nach den Zeiten der Depression und Einsamkeit entwickelten alle Interviewten einen Drang nach Selbstbestimmung durch eigene Aktivität. Mit dem Erkennen

des vermeintlichen »Andersseins« folgten Recherchen und die Erkenntnis trans* zu sein. Die jungen trans* Erwachsenen beschritten daraufhin ihre Wege zu sich selbst, auch wenn diese durch äußerliche Fremdbestimmung immer wieder erschwert wurden.

»Das steckt in einem drinne. Wann das nun [...] in einem ausbricht, kann man nicht sagen. [...] Und es ist keine Krankheit, man kann nix dafür, dass man so ist. Genauso, wie, äh, bei der Transsexualität, das steckt in einem drinne, so als ob man schwul oder lesbisch wär'. Das kann man nicht ändern, es ist so« (Zitat aus dem Interview mit I, Z. 1521–1529).

Die jungen trans* Erwachsenen sprachen in den Interviews an, wie wichtig die Thematisierung von Trans* in der Gesellschaft als Schlüssel für die Anerkennung transidenter Menschen sei. Sie richteten den Blick dabei auf die oft zurückweisenden Reaktionen innerhalb ihrer eigenen Familien, auf ihre Ausgrenzungserfahrungen aufgrund von Unwissenheit und Unsicherheit anderer. Die große Hoffnung ist, dass das Thema Trans* in Bildungsprogramme aufgenommen wird, sodass eine flächendeckende Sensibilisierung möglich wäre. Die jungen trans* Erwachsenen fühlten Verantwortung für die nächste Generation, der sie es durch aktuelles gesellschaftliches Engagement gerne leichter machen wollten.

»Wir müssen der nächsten Generation zeigen, wie's gut geht und dann kommt das auch uns zugute. Hoffen wir« (Zitat aus dem Interview mit F, Z. 2457–2458).

Im Fazit kann festgestellt werden, dass die jungen trans* Erwachsenen auf ihren Wegen alle an ähnliche Stationen kamen: von der eigenen *Unsicherheit* zur *Klarheit* über das eigene Sein durch die Präsenz von Trans* an irgendeiner Stelle in ihrem Leben bis hin zur *selbstbestimmten* Verfügung über das eigene Leben und den eigenen Körper.

Aus den Ergebnissen der Studie wurden Empfehlungen für Politik, Jugendhilfe und Schule ermittelt. Neben dem konsequenten Mitdenken von trans* Personen und der Impulssetzung in den Medien wurden auch die Umsetzung von Aktionsplänen und die Sensibilisierung von Fachkräften dringend empfohlen. Auf diesen Ergebnissen wurde in der Folge auf regionaler Ebene aufgebaut. Im Frühjahr 2015 wurden die Ergebnisse der Fachöffentlichkeit im Rahmen einer Tagung vorgestellt und gleichzeitig wurde das Fachbuch zur Studie herausgegeben.

Durch diese Praxisforschung und die diversen Vorstellungen und Diskussionen der Ergebnisse in Jugendhilfeeinrichtungen, Mädchenarbeitskreisen, Abgeordnetengesprächen, Gremien oder Bibliotheksgesprächen gelang dem KgKJH mit dem Thema Trans* in der sachsen-anhaltischen Kinder- und Jugendhilfe der Durchbruch. Das jugend- und gleichstellungspolitische Interesse und vor allem das Verständnis für die Belange transidenter Kinder und Jugendlicher stiegen.

Besonders beeindruckt schien die Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Magdeburg. Sie diskutierte dieses Thema im Stadtrat, erwirkte einen Stadtratsbeschluss und vergab den Auftrag, im Jahr 2015 eine Befragung von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe und Eltern zur Situation von lesbischen, schwulen und transgender Kindern und Jugendlichen durchzuführen.

»Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in 2014 eine Befragung von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe zur Situation von lesbischen, schwulen und transgender Kindern, Jugendlichen und Eltern in der LH Magdeburg (nach dem Vorbild der Studie der LH München) durchzuführen und deren Ergebnisse dem Stadtrat und der Bevölkerung der LH Magdeburg in geeigneter Form bekannt zu machen« (Landeshauptstadt Magdeburg, 2013).

Ergebnisse der Befragung von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe und Eltern zur Situation von LST*-Kindern und Jugendlichen in der Landeshauptstadt Magdeburg

Erfasst werden sollten Einstellungen, vorhandenes Wissen und die subjektive Einschätzung der Situation von lesbischen, schwulen und transgender Kindern und Jugendlichen in der Landeshauptstadt in Bezug auf die Hilfe- und Beratungsstruktur, Vorurteile bei Dritten und notwendige Sensibilisierungs- und Antidiskriminierungsmaßnahmen.

In Anlehnung an die Fachkräftebefragung der Stadt München aus dem Jahr 2010 wurden zwei Fragebögen mit 17 Fragen und Unterfragen für Fachkräfte (Befragungszeitraum: 28. April bis 20. Mai 2015) bzw. neun Fragen mit Unterfragen (Befragungszeitraum: 13. Mai bis 10. Juli 2015) entwickelt. Die Bögen endeten jeweils mit einem Freitextfeld, um den Befragten die Möglichkeit zu geben, weitere ihnen wichtige Themen und Aspekte zu benennen.

Eine wesentliche Erkenntnis war, dass Fachkräfte und Eltern die Situation von LST*-Kindern und -Jugendlichen in der Stadt als belastet einschätzten.

»Deutlich wird eine eher negative Einschätzung der Situation der LST*-Jugendlichen. Diese zieht sich durch alle Bereiche, ein Outing sei in der Gleichaltrigengruppe nicht problemlos möglich, in der Familie und Schule gebe es wenig Halt und die gesellschaftliche Anerkennung sei niedrig. Frauen schätzen die Situation der Jugendlichen kritischer ein als Männer. Die Situation von Transgenderpersonen wird generell negativer eingeschätzt als die von Schwulen und Lesben« (Schumann & Wöhler, 2015, S. 11).

Interessant sind an dieser Stelle vergleichende Detailbetrachtungen der Antworten der Fachkräfte und Eltern. Fachkräfte vermuteten zum Beispiel mehrheitlich (60 Prozent), dass Homosexualität in den Familien nicht oder eher nicht problemlos akzeptiert wird. Dagegen gab eine hohe Anzahl Magdeburger Eltern an, ihr Kind zu unterstützen, wenn es sich als homosexuell oder trans* outen würde. Gleichzeitig verdeutlichten die Eltern, dass sie ihr Kind bitten würden, sich nur innerhalb der Familie zu outen, da sie es außerhalb nicht ausreichend schützen könnten (vgl. ebd., S. 12, 36).

Den Antworten der befragten Fachkräfte war zu entnehmen, dass sie meinen, dass Kinder und Jugendliche in den jeweiligen Arbeitsbereichen offen auftreten könnten. Doch tun sie es und werden sie durch die Mitarbeitenden sensibel wahrgenommen? Sowohl Fachkräfte der Kinder- und Jugendeinrichtungen als auch der Verwaltung schätzen zu einem nicht geringen Teil ein, dass betroffene Kinder und Jugendliche offen in ihrem Arbeitsbereich auftreten. Lesbischen Mädchen scheint dies, nach Einschätzung der Fachkräfte, leichter zu fallen als transgener Menschen. Gleichzeitig konnte den Antworten entnommen werden, dass insbesondere Mitarbeiter*innen in der Verwaltung keine dieser Jugendlichen persönlich kennen oder im professionellen Kontext wahrgenommen haben. Es zeigte sich, dass im Bereich der Jugendarbeit deutlich mehr offen auftretende LST*-Jugendliche im eigenen Arbeitsbereich bekannt sind als in der Verwaltung. Fachkräfte aus der Kinder- und Jugendarbeit berichten zu 56 Prozent von lesbischen Mädchen, zu 62 Prozent von schwulen Jungen und zu acht Prozent von transgener Jugendlichen im eigenen Arbeitsbereich. Auch sie verdeutlichten gleichzeitig, dass sie es Kindern und Jugendlichen zum großen Teil gar nicht raten würden, sich zu outen (vgl. ebd., S. 14).

»Interessant ist, dass die Offenheit von LST*- Jugendlichen stark individualisiert wird. Die Mehrheit der Antwortenden meint, dass die Betroffenen Angst oder Scham hätten und sich deshalb nicht mit ihrer Geschlechteridentität oder sexuellen Orientierung offenbaren. Nur 30 Prozent vermuten andere, vermutlich auch

strukturell bedingte Gründe. Dass eine Ursache darin liegen könnte, dass die Einrichtung nicht als diskriminierungsfreier Akzeptanzraum erkannt wird, vermutet nur ein Viertel der Fachkräfte« (ebd., S. 25).

Dies alles hat natürlich Einfluss auf den Teufelskreis der Unsichtbarkeit Betroffener. LST*-Kinder und Jugendliche zeigen sich, aus Angst vor Diskriminierung, im öffentlichen Raum nicht offen. Fachkräfte nehmen sie somit nicht wahr und können dies auch nicht tun. Dadurch entsteht für sie der Eindruck, dass LST* kein Thema für ihre Einrichtungen ist. Schlussfolgernd werden dann keine an die Öffentlichkeit gerichteten oder konzeptionell verankerten Maßnahmen getroffen. Dies wiederum kann dazu führen, dass sich LST*-Kinder und Jugendliche nicht angesprochen fühlen, die Einrichtung nicht besuchen und sich, falls sie Angebote der Einrichtungen nutzen, dann nicht outen. Es ist davon auszugehen, dass LST*-Kinder und -Jugendliche oftmals unsichtbar bleiben, wenn sie sich nicht selbst als LST* markieren. Somit ist es wahrscheinlich, dass es in Magdeburg viel mehr LST*-Kinder und -Jugendliche gibt als Eltern und Fachkräfte vermuten. Ohne die Möglichkeit eines offenen Auftretens von LST*-Kindern und -Jugendlichen scheinen ihnen wertvolle Lebensbereiche verschlossen zu bleiben (vgl. Kugler & Nordt, 2015, S. 208).

Die Fachkräfte und Eltern wurden in der Befragung auch nach Veränderungswünschen und Bedarfen befragt. Festgestellt wurde unter anderem ein fehlender Fachaustausch in der Kinder- und Jugendhilfepraxis. Formuliert wurden durch die Fachkräfte Wünsche nach Fortbildungen, Sensibilisierungsveranstaltungen, Materialien und Antidiskriminierungsrichtlinien.

»Der Fortbildungsbedarf, der von 53 Prozent der Fachkräfte gesehen wird, kann als recht stark bewertet werden. Dies verstärkt sich im Themenkomplex 17, in dem 76 Prozent angeben, dass fachliche Fortbildungen für die Fachkraft als auch das Team hilfreich sind. Spezifisches Fachwissen im Themenbereich scheint gefragt« (Schumann & Wöhler, 2015, S. 27).

»Hilfreich fänden drei Viertel der Fachkräfte Aufklärungsangebote für LST*-Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern, die bisher nicht vorhanden zu sein scheinen. Auch für eine klare Antidiskriminierungshaltung (87%) wird sich ausgesprochen« (ebd., S. 28).

»Eine hilfreiche Unterstützungsmöglichkeit sieht eine deutliche Mehrheit der Antwortgeber_innen (81%) in der Ermöglichung niedrigschwelliger Informati-

onsmöglichkeiten für LST*-Jugendliche. Diese scheint zurzeit nicht vorhanden (85%)« (ebd., S. 30).

Der Bedarf der Eltern liegt in niedrigschwelligen Informations- und Aufklärungsangeboten, die in Institutionen der Bildung (Kindertagesstätte und Schule) sowie in der Kinder- und Jugendhilfe verankert sein sollten. Darüber hinaus erhoffen sie sich fachlich qualifizierte Beratungsangebote in der Stadt.

»Die antwortgebenden Eltern skizzieren einen hohen Bedarf an diversen Maßnahmen und in unterschiedlichen Feldern, um für die Themen sexuelle Orientierung und Geschlechtervielfalt zu sensibilisieren, aufzuklären und Anlaufpunkte zu schaffen. Besonders deutlich wird dies bei der Forderung nach Aufklärungsangeboten für Kinder, Jugendliche und Eltern. Antidiskriminierungsrichtlinien, die nach Einschätzung der Fachkräfte kaum oder nicht vorhanden sind, werden für die Bereiche Schule und Kinder- und Jugendhilfe gewünscht. Auch der Wunsch nach der Verankerung der Themen sexuelle Orientierung und Geschlechteridentität im Schulalltag, außerhalb des Biologieunterrichtes, ist eine klare Konsequenz aus der vorherigen elterlichen Negativeinschätzung des Umgangs mit dem Thema in der Schule« (ebd., S. 40).

Die Erkenntnisse und Empfehlungen dieser Onlinebefragung und der nachfolgende Diskussionsprozess in der Stadt können als Grundlage des städtischen »Aktionsplans für Geschlechtervielfalt und gegen Homophobie in der Landeshauptstadt Magdeburg« gesehen werden. Dieser Aktionsplan wurde am 14.09.2017 durch die Landeshauptstadt veröffentlicht. Er schreibt konkrete Maßnahmen in den vier Handlungsfeldern Aufklärungs- und Bildungsangebote, Beratungs- und Unterstützungsangebote, Öffentlichkeitsarbeit und Netzwerkarbeit fest. In ihnen wurden auch die Wünsche der befragten Eltern und Fachkräfte aufgegriffen (vgl. Landeshauptstadt Magdeburg, 2017). Die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen geschieht gemeinsam mit Vereinen und Initiativen der Community.

Verknüpfung mit dem Aktionsplan LSBTTI im Bundesland

Die bundespolitische Diskussion, angestoßen durch den Deutschen Ethikrat, und das ständige Einfordern eines Aktionsplans durch den Lesben- und Schwulenpolitischen Runden Tisch (LSpRT) führten im Dezember 2015 dazu, dass das Land Sachsen-Anhalt das »Aktionsprogramm für die Akzeptanz von Lesben,

Schwulen, Bisexuellen, Transgender, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTTI)« im Landtag beschloss. Genau wie im städtischen Aktionsplan Magdeburgs wurde sich auch in diesem Aktionsplan zur Begründung unter anderem auf die Erkenntnisse der Praxisforschung »unsicher.klar.selbstbestimmt« und der Fachkräftebefragung der Landeshauptstadt bezogen; dies besonders im Handlungsfeld »Bildung und Aufklärung«, in dem zum Beispiel Empfehlungen und Maßnahmen für die Bereiche Kindertagesstätten und Schulen sowie die Kinder- und Jugendhilfe gegeben werden (vgl. Ministerium für Justiz und Gleichstellung, 2015).

Die Tätigkeit des KgKJH ist im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe verortet. Daher an dieser Stelle ein Blick auf die im Aktionsplan des Landes festgeschriebenen Zielperspektiven für die Bereiche Kindertagesstätten und Kinder- und Jugendhilfe:

»Mitarbeiter_innen der Elementarbildung in Sachsen-Anhalt sind sensibilisiert für den Umgang mit LSBTTI, vor allem im Hinblick auf gendervariante, transgender, transsexuelle und intergeschlechtliche Kinder sowie Regenbogenfamilien. In Kindertageseinrichtungen wird ein geschlechterreflektierender Ansatz angewandt, der diese Vielfalt berücksichtigt« (Ministerium für Justiz und Gleichstellung, 2015, S. 11).

»Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe sind für das Thema sensibilisiert (Fortbildungen, Leitbilder) und signalisieren dies für Kinder und Jugendliche sowie deren Angehörigen nach außen (Informationsmaterial, Antidiskriminierungsrichtlinien). LSBTTI wird als Themenpunkt im Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung aufgenommen. Die Bedürfnisse von LSBTTI-Kindern und -Jugendlichen in Bezug auf die Kinder- und Jugendhilfe-Einrichtungen im Lande werden ermittelt, um langfristig ein Konzept entwickeln zu können. Parallel dazu findet ein Austausch mit den Kinder- und Jugendhilfe-Einrichtungen im Lande statt« (ebd., S. 19).

Diese Zielperspektiven und die festgeschriebenen Maßnahmen decken sich zum großen Teil mit den Erkenntnissen und Handlungsempfehlungen beider Forschungen des KgKJH. Das Ministerium für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt sowie die Landeshauptstadt Magdeburg schienen von der Expertise, die sich das KgKJH seit 2012 im Themenfeld LSBTTI erarbeitet hat, überzeugt. So gewann der Verein die Ausschreibung für den Medienkoffer »Geschlechtervielfalt« und konnte unter anderem in den Jahren 2017 und 2018 die

im Aktionsplan der Landeshauptstadt Magdeburg aufgeführten Fortbildungen umsetzen (vgl. Landeshauptstadt Magdeburg, 2017, S. 3).

Blick in die Praxis: Umsetzung des Projektes Medienkoffer »Geschlechtervielfalt« für Sachsen-Anhalt und Qualifizierung der Mitarbeiter*innen für die Stadt Magdeburg

Im Aktionsprogramm LSBTTI wurde durch den Landtag die »Bereitstellung von drei Methodenköffern für die Sensibilisierung zu Rollenzuschreibungen, Geschlechtervielfalt und Familienmodellen an Kitas und Grundschulen« beschlossen (Ministerium für Justiz und Gleichstellung, 2015, S. 12). Im Spätherbst 2017 schrieb das zuständige Ministerium einen Ideenwettbewerb aus, den das KgKJH gewonnen hat. Da der Koffer schon vor seiner Erstellung medial und landespolitisch hoch emotional diskutiert wurde, hat sich das KgKJH für ein dreistufiges Vorgehen entschieden. Im Zentrum der ersten Phase, die von Januar bis März 2018 lief, standen die Konzeption und Erstellung des Medienkoffers und des dazugehörigen Handbuches, das die Materialien beschreibt, aber auch Methoden und weiterführende Tipps beinhaltet. Eine wesentliche Voraussetzung für eine qualitativ hochwertige Medienauswahl war die im Vorfeld bundesweit angelegte Vorrecherche zu vorhandenen Vielfaltsköffern. Die anschließende Diskussion der Ideen, Medien und Methoden für den Koffer in einer Expert*innenrunde mit Vertreter*innen aus Wissenschaft, Kindertageseinrichtungen und Grundschulen, anderen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe sowie den drei flankierenden Landesministerien trug zur Sensibilisierung und Ermöglichung eines interdisziplinären fachlichen Diskurses bei. Abschließend erfolgte die Vorstellung des fertigen Koffers und des geplanten Vorgehens in den Landtagsfraktionen sowie im Landesjugendhilfeausschuss des Bundeslandes. Alle Fraktionen wurden dazu angeschrieben, zur Vorstellung kam es in den Koalitionsfraktionen (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen) und in einer Oppositionsfraktion (Die Linke). In diesem Kontext nicht reagiert hat die Fraktion der AfD. Diese Fraktion erstellte im Mai 2018 eine kleine Anfrage an die Landesregierung (https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/drs/wp7/dkl_anfr/k1687akl.pdf) und versuchte damit polarisierend in den Prozess einzugreifen, ohne das direkte Gespräch zu suchen oder den Inhalt des Koffers zu kennen.

In der zweiten Phase lagen die Schwerpunkte in der Information der (Fach-)Öffentlichkeit und in der Sensibilisierung der Landkreise und kreisfreien Städte. Unter

anderem wurden zwei Kick-off-Veranstaltungen an Hochschulen im Norden und im Süden des Bundeslandes durchgeführt. Zum 1. April 2018 konnte eine Referentin für den Koffer angestellt werden, die dann Fortbildungsmodule für die Praxis (für Erzieher*innen, Lehrer*innen, Hortner*innen, aber auch Eltern) entwickelte, bevor sie als Schwerpunkt der dritten Phase Kindertagesstätten, Schulen, Horte und andere Institutionen mit dem Koffer besuchte und das Material sowie Methoden in Teamsitzungen vorstellte, Fachkräfte qualifizierte und Eltern sensibilisierte.

Ausgeschrieben wurden für das Bundesland zwei Medienkoffer, orientiert an den drei inhaltlichen Aspekten Rollenzuschreibungen, Geschlechtervielfalt und Familienmodelle für die Altersspanne drei bis elf Jahre. In der Materialrecherche konnte festgestellt werden, dass es nicht sinnvoll ist, für die Grundschulen und Kindertagesstätten die gleichen Materialien zu verwenden, da die Altersspanne zu groß ist. Daher wurden zwei alternative Varianten für die Kita und die Grundschule bzw. den Hort konzipiert. Das Methodenbuch, das dem Koffer beiliegt, ist allerdings immer das gleiche und beschreibt die in beiden Koffervarianten zu findenden Materialien (vgl. KgKJH, 2018). In jedem Koffer befinden sich 19 bzw. 20 Kinderbücher und vier Spiele, aufgeteilt in die drei geforderten Themenbereiche, eine Regenbogenfahne, Stofftiere und je zwei Fachbücher. Im Grundschulkoffer sind darüber hinaus drei DVDs mit Spielfilmen und eine Feedback-Box enthalten. Bewusst außen vor gelassen wurde in der Konzeption des Koffers der Bereich der Sexualpädagogik. An dieser Stelle verweist das KgKJH auf die bundesweit erhältliche und durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) konzipierte Kindergartenbox »Entdecken, schauen, fühlen!« (vgl. BZgA, 2017).

Die Medienkoffer »Geschlechtervielfalt« und die damit verbundenen Qualifizierungen sind, besonders im Bereich der Kindertagesstätten, stark nachgefragt und die Koffer sind durchgängig verliehen. Rückmeldungen ergaben, dass es den Fachkräften kaum bewusst war, welche Geschlechtervielfalten es gibt und wie frühzeitig für eine Akzeptanz dieser Vielfalten geworben werden kann. Dankbar werden die Materialien als Ergänzung zu vorhandenen Büchern und Spielen in den Einrichtungen angenommen. Das KgKJH recherchiert weiterhin nach empfehlenswerten Materialien und Methoden für diverse Altersgruppen und veröffentlicht diese auf der Webseite vielfalt-erfahrenswert.de.

Für die Landeshauptstadt Magdeburg konnte das KgKJH in den Jahren 2017 und 2018 Fortbildungen mit dem Titel »Qualifizierung für Fachkräfte der Verwaltung und der Kinder- und Jugendarbeit, der Erziehungshilfe und der Schulsozialarbeit: Lebenssituation von LSBTI* Kindern und Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen in der Landeshauptstadt Magdeburg – (k)ein Thema im Arbeitskontext?« durchführen.

An den jeweils zwei Fortbildungstagen im Jahr 2017 nahmen 18 Fachkräfte im Alter von 19 bis 60 Jahren aus den kommunalen Arbeitsbereichen Sozialamt, Jugendamt, Gesundheitsamt, Personalservice sowie Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen teil. Nach einem thematischen Einstieg und Begriffsklärungen im Themenfeld Geschlechtervielfalt folgten am ersten Fortbildungstag die Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse der Fachkräfte- und Elternbefragung sowie der gelenkte Blick in das eigene Arbeitsfeld. Intensiv wurde darüber diskutiert, wo es möglich ist, sich im eigenen Arbeitsfeld für dieses Thema zu öffnen und was dafür gebraucht wird. Die Teilnehmer*innen wünschten sich am Ende des Tages Unterstützung durch die Landeshauptstadt, zum Beispiel:

- durch einen Leitfaden, der ihnen hilft, an die jeweils richtigen Stellen weiterzuvermitteln
- durch Fortbildung und Sensibilisierung in den eigenen Ämtern (Inhouse)
- durch die Verankerung des Begriffes »Queer« als dritte Möglichkeit in der Jugendhilfeplanung
- durch Informationen zum Umgang mit LSBTTI*-Menschen mit Migrationserfahrungen und deren Familien
- durch die Erhöhung der Methodenkompetenz im Umgang mit LSBTTI*-Menschen sowie deren Gegner*innen

Am zweiten Fortbildungstag standen nach der Begriffserinnerung die Lebenssituationen von LSBTTI*-Menschen in Magdeburg und der Aktionsplan der Landeshauptstadt im Mittelpunkt. Herausgestellt wurde, dass dem Aktionsplan für Geschlechtervielfalt und gegen Homophobie der Landeshauptstadt große Chancen eingeräumt werden, wenn er denn in der öffentlichen Verwaltung und darüber hinaus bekannter gemacht werden würde. Die geplante Fortschreibung wurde begrüßt und die Teilnehmer*innen formulierten aus ihren Arbeitsfeldern heraus konkrete Ideen für die praktische Umsetzung. So verdeutlichten sie, dass die bisher beschriebenen Informations- und Fortbildungsveranstaltungen im Folgeturnus erneut angeboten werden sollten. Darüber hinaus plädierten sie für eine Erweiterung der Zielgruppen auf Ausbildungsstätten für Erzieher*innen, Hochschulen und Universitäten sowie Kindergärten und die Ermöglichung eines einfacheren Zugangs zu Informationen für Eltern und Familien. Über konkrete Projekte sollten Schulen motiviert werden, sich im Biologie- und Ethikunterricht den Vielfaltsthemen zu widmen. Angeregt wurde eine Information an Hebammen und Frauenärzt*innen in Bezug auf die selbstverständliche Vorstellung des dritten Geschlechts im Umgang mit Schwangeren bzw. potenziell Schwangeren. Es entstand die Idee eines eher informellen Austausches über das Angebot ei-

nes themenbezogenen Stammtischs für Fachkräfte. Festgehalten wurde durch die Teilnehmer*innen, dass auch weiterhin die besondere Situation queerer Geflüchteter eine Rolle spielen muss. In der Stadt fehlt ein Wohnprojekt, das sich explizit an diese Menschen richtet und auf das die Mitarbeiter*innen der Ämter verweisen können. Ähnlich wurde die Situation auf dem Gebiet der psychologischen Beratung und Begutachtung transidenter Menschen eingeschätzt. Die Teilnehmer*innen wünschen sich außerdem eine Erweiterung der bisher benannten Zielgruppen um Kinder und Jugendliche. Hier sollten mobile Beratungsangebote greifen, die zum einen in der Streetwork und zum anderen in Kindertagesstätten und in der Schulsozialarbeit unterstützend wirken könnten. Sehnsüchtig erwartet wird die angekündigte Broschüre über LSBTTI*-freundliche Magdeburger Angebote, Ansprechpersonen und Institutionen. Die Teilnehmer*innen wünschten sich den schnelleren Erhalt themenbezogener Informationen. Dafür sollten der E-Mail-Verteiler der Stadtangestellten, das Intranet und die Webseite der Landeshauptstadt Magdeburg genutzt werden. Abschließend formulierten die Teilnehmer*innen den Wunsch nach einem stärkeren Austausch mit Menschen aus der Community, um Fragen schneller professionell klären zu können. So sei es eher möglich, vorhandene Ressourcen zu finden und zu nutzen.

Die beiden hier vorgestellten Praxismodelle Medienkoffer und Qualifizierungsreihe verdeutlichen, dass es einen Bedarf in der Kinder- und Jugendhilfepraxis und darüber hinaus für diese Themen gibt. Sichtbar wurde, dass Berührungsängste durch einfache Sensibilisierungsmaßnahmen abgebaut werden können. Den Anstoß zu diesen Sensibilisierungsmaßnahmen bildeten unter anderem die vorgestellten regional verorteten Studien.

Fazit und Ausblick

Eigentlich hört sich alles so an, als könnte sich das KgKJH schulterklopfend zurücklehnen. Doch dem ist nicht so. Es ist viel gelungen in Sachsen-Anhalt, aber die gesellschaftliche Realität zeigt klar, dass noch viel zu tun ist. In Vorbereitung einer Veranstaltung gab es kürzlich ein Telefonat mit der Mutter eines trans* Mädchens, um sie für ein Podium zu gewinnen. Sie hat mit der Begründung abgesagt, dass sie ihre 17-jährige Tochter schützen und nicht zwangsouten möchte, da diese nun an einer Schule angekommen sei, in der niemand etwas von ihrem Trans*-Sein ahne. Mutter und Tochter haben Angst vor Mobbing. Die Mutter berichtete von negativen Erfahrungen mit Schulen und Therapeut*innen, von hohen Kosten und weiten Fahrten. Noch immer wissen Kinder und Jugendliche,

Eltern und Fachkräfte aus Jugendhilfe und Schule nicht wirklich, an wen sie sich wenden sollen. Die Geschäftsstelle des KgKJH fungiert dann als Erstberatung und vermittelt an ihr bekannte Beratungsstellen, die im Bundesland nur spärlich vorhanden sind.

LSBTTIQ*-Kinder und -Jugendliche brauchen weiterhin eine besondere Lobbyarbeit, da sie immer noch als zahlenmäßig kleine Randgruppe verstanden und somit übersehen werden. Vor dem Hintergrund des Zwei-Geschlechter-Modells ist für sie ein unbeschwertes Aufwachen nur schwer möglich. Der Leidensdruck wächst mit zunehmender Stigmatisierung. Dies bedeutet neue Herausforderungen für die Kinder- und Jugendhilfe. In Gesprächen mit Politik und Verwaltung nützt es, ganz konkrete Zahlen, Fakten und Erlebnisberichte aus dem kommunalen Nahbereich anzubringen und zu verdeutlichen, dass es um Geschlechtervielfalt und um die Abschaffung struktureller Benachteiligung qua Geschlecht gehen muss. Wichtig ist es, gleichzeitig neue Netzwerkpartner*innen zu erschließen, die LSBTTIQ*-Community mitzunehmen und Selbsthilfeinitiativen zu unterstützen. Doch dabei darf es nicht bleiben! Es bedarf einer geförderten Struktur, die es ermöglicht, dass die Belange von LSBTTIQ*-Menschen in jeder Beratungs-, Unterrichts-, Jugendhilfe- und politischen Praxis mitgedacht werden.

Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe sowie in der Schule benötigen ganz konkrete Tipps für die Praxis. Diese gilt es aufzubereiten und ihnen zur Verfügung zu stellen. Der Medienkoffer »Geschlechtervielfalt in Einrichtungen der Elementarbildung, Grundschulen und Horten« und auch die Webseite www.vielfalt-erfahrenswert.de sind ein erster Schritt. So kann es gelingen, dem Wunsch einer Interviewpartnerin gerecht zu werden:

»Wie gesagt, da müsste halt wirklich, meiner Meinung nach, überall mal wenigstens ein Stein reingeworfen werden, dass sich betroffene Kinder festhalten können« (Zitat aus dem Interview mit G., Z. 1367–1368).

Literatur

- BZgA (2017). Kindergartenbox »Entdecken, schauen, fühlen!«. <https://www.bzga.de/info/materialien/suchergebnisse/informationflyer-kindergartenbox-entdecken-schauen-fuehlen/> (07.03.2019).
- Kassebaum, S. (2013). *Trans* und Inter*. Empfehlungen zur Verbesserung der Lebenswirklichkeit von trans- und intergeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt*. Magdeburg: KgKJH.

- KgKJH (2018). Methodenbuch zum Medienkoffer »Geschlechtervielfalt in Einrichtungen der frühkindlichen Bildung, in Grundschulen und Horten«. <https://www.geschlechtergerechtejugendhilfe.de/medienkoffer/> (29.05.2018).
- Kugler, T. & Nordt, S. (2015). Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt als Themen der Kinder- und Jugendhilfe. In F. Schmidt, A. Schondelmayer & U. Schröder (Hrsg.), *Selbstbestimmung und Anerkennung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Lebenswirklichkeiten, Forschungsergebnisse und Bildungsbausteine* (S. 207–222). Wiesbaden: Springer VS.
- Landeshauptstadt Magdeburg (2013). Niederschrift der Stadtratssitzung – SR/064(V)/13, TOP 6.4. Sitzung vom 06.06.2013, Protokoll 14.06.2013. https://ratsinfo.magdeburg.de/si0040.asp?__cjahr=2013&__cmonat=6&__canz=1&__cselect=0 (08.03.2019).
- Landeshauptstadt Magdeburg (2017). Aktionsplan für Geschlechtervielfalt und gegen Homophobie in der Landeshauptstadt Magdeburg. http://ratsinfo.magdeburg.de/vo0050.asp?__kvonr=225926 (22.03.2018).
- Ministerium für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt (2015). *Aktionsprogramm für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI) in Sachsen-Anhalt*. Magdeburg: Ministerium für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt Leitstelle für Frauen- und Gleichstellungspolitik.
- Schumann, K. (2013). *Positionen und Verortungen*. Magdeburg: KgKJH.
- Schumann, K. & Linde-Kleiner, J. (Hrsg.). (2014). *unsicher.klar.selbstbestimmt. Wege von Trans*Kindern, *Jugendlichen und jungen*Erwachsenen in Sachsen-Anhalt*. Magdeburg: KgKJH.
- Schumann, K. & Wöhler, S. (2015). Auswertung der Befragungen von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe und Eltern zur Situation von lesbischen, schwulen und transgener Kindern und Jugendlichen in der Landeshauptstadt Magdeburg 2015. http://www.geschlechtergerechtejugendhilfe.de/wp-content/uploads/2015/09/Auswertung_der_Befragung_von_Fachkraeften_und_Eltern_Magdeburg.pdf (22.03.2018).

Die Autorinnen

Judith Linde-Kleiner hat Erziehungswissenschaften und Sprachen in Leipzig studiert. Im Anschluss arbeitete sie in unterschiedlichen Projekten zu Vielfalt und Diversität und unterrichtet inzwischen an der PARITÄTISCHEN Fachschule für Sozialpädagogik in Aschersleben mit den Schwerpunkten Vielfalt und Partizipation und engagiert sich auch ehrenamtlich für diese Themen.

Kerstin Schumann, Dr., Jg. 1968, ist Geschäftsführerin des Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalt e.V., Mitglied im Beirat für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung Sachsen-Anhalt und im Landesjugendhilfeausschuss Sachsen-Anhalt (LJHA).